

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses
am Dienstag, dem 24.05.2022, im Großen Ausschussszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 11:12 Uhr

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2021 097/2022	5
3.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2021 098/2022	7
4.	Bericht zur Haushaltssituation 2022 099/2022	8
<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>		

Anlagen:

- Anlage 1 Präsentation zu TOP 2: Information zum vorläufigen
Jahresabschluss 2021
- Anlage 2 Bericht zur Haushaltssituation 2022

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Brockmann, Dagmar	
Budde, Heinrich	
Geiger, Andrea	Vertretung von Herrn Buschkamp
Gutsche, Guido	
Hollenhorst, Elisabeth K.	Vertretung für Frau Termühlen
Hugenroth, Bernhard	
Kaup, Winfried	
Kleene-Erke, Andrea	
Kleibolde, Bernhard	
Kocker, Dennis	
Kreft, Peter	
Kuttig, Joachim	
Menke, Hans-Ulrich	
Möllmann, Rolf	
Ostermann, Norbert	
Schulte, Stephan	ab 09:10 Uhr
Schulze Westhoff, Stephan	
Thiel, Joachim	
Wamba, Gilbert	Vertretung für Herrn Koch
von der Verwaltung	
Funke, Stefan, Dr.	
Glinka, Nicole	
Kleier, Ulrike	
Nachtigäller, Laura	
Veix, Kerstin	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder	
Buschkamp, Franz-Josef	Vertretung durch Frau Geiger
Koch, Karsten	Vertretung durch Herrn Wamba
Termühlen, Hildegard	Vertretung durch Frau Hollenhorst

Frau Kleene-Erke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit Einladung vom 13.05.2022 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Auf Nachfrage von Frau Kleene-Erke meldet sich kein Einwohner zu Wort.

2. Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2021**097/2022**

Herr Dr. Funke berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt ist, detailliert über den vorläufigen Jahresabschluss 2021.

Dabei macht er deutlich, dass der Jahresabschluss 2021 mit rd. -6,2 Mio. € abschließt und somit eine Verbesserung von rd. 4,9 Mio. € im Vergleich zum Haushaltsplan 2021 (geplantes Defizit rd. 11,1 Mio. €) erzielt. Dies sind rund 4 Mio. € mehr als im Rahmen des Finanzstatusberichts 10/2021 prognostiziert worden ist.

Die Verbesserung von rd. 4,9 Mio. € setzt sich aus mehreren Veränderungen unterschiedlicher Bereiche zusammen, die Herr Dr. Funke im Einzelnen erläutert.

Im Personalbudget zeichnen sich sowohl höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen als auch höhere Erträge ab. Hohe Belastungen resultieren im Wesentlichen aus der Zuführung zu den Beihilferückstellungen i. H. v. rd. 830 T€. Dagegen stehen höhere Erträge, vor allem aufgrund der Auflösung von Pensionsrückstellungen. Im Saldo verschlechtert sich das Budget um rd. 1,25 Mio. €.

Des Weiteren erläutert Herr Dr. Funke, dass sich das Produkt des Jobcenters besser entwickelt hat als zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung angenommen. Hauptursächlich hierfür ist die geringere Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (Plan 7.350, Ist 7.068).

Im Bereich des Jugendamtes ergibt sich aufgrund des Ergebnisses 2021 (-1.273 T€) ein kumuliertes Gesamtdefizit zum 31.12.2021 von rd. -3.240 T€. Das kumulierte Gesamtdefizit ist somit geringer als zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2022 prognostiziert, berichtet Herr Dr. Funke. Eine Entlastung der kreisangehörigen Kommunen ab 2024 sei denkbar, würde allerdings von der Entwicklung der Haushaltsjahre 2022 und 2023 abhängen.

Der mögliche Bestand der Ausgleichsrücklage wird (nach Verrechnung mit dem Jahresergebnis 2021) voraussichtlich rd. 12,35 Mio. € betragen. Im Haushaltsjahr 2022 sei eine Entlastung der Allgemeinen Kreisumlage i. H. v. 4,82 Mio. € geplant. Sollte der Haushalt 2022 konstant verlaufen, gehe man von einem Bestand i. H. v. 7,53 Mio. € zum Ende des Jahres aus. Dabei weist Herr Dr. Funke auf die Unwägbarkeiten für das laufende Jahr hin und geht insbesondere auf die Kosten im Rahmen der Aufnahme von Schutzsuchenden aus der Ukraine und die Entwicklung der Baukosten, der Kosten für IT- Ausstattung und der Energiepreise sowie auf den Fachkräftemangel ein.

Außerdem erläutert Herr Dr. Funke die Verrechnung mit der Allgemeinen Rücklage durch eine Wertzuschreibung der RWE-Aktien. Hier sei vorgesehen eine Zuschreibung von 28,00 € auf 32,00 € pro Aktie vorzunehmen. Die Allgemeine Rücklage würde sich durch diese Wertzuschreibung um rd. 2,6 Mio. € auf rd. 22,8 Mio. € erhöhen. Im Jahresabschluss 2020 wurde die Allgemeine Rücklage durch die Wertberichtigung der RWE-Aktien bereits um 3,81 Mio. € erhöht, ergänzt Herr Dr. Funke.

Des Weiteren berichtet Herr Dr. Funke, dass insgesamt rd. 21,4 Mio. € (Vorjahr rd. 21,1 Mio. €) investive Auszahlungen, insbesondere für Baumaßnahmen, in das Jahr 2021 übertragen werden. Herrn Dr. Funke weist darauf hin, dass im Rahmen der Haushaltsplanung 2023 verstärkt dieser Entwicklung entgegengewirkt wird.

Herr Kocker weist darauf hin, dass die Höhe der Übertragungen in den Jahren 2021 und 2022 eine fast identische Größenordnung haben und hinterfragt, in welcher Höhe Übertragungen aus dem Jahr 2020 im Jahr 2021 in Anspruch genommen worden sind. Es wird nachträglich zum Protokoll gegeben, dass von den rd. 21,1 Mio. € investiver Ermächtigungsübertragungen aus 2020 rd. 10,14 Mio. € im Jahr 2021 verausgabt worden sind.

Ferner geht Herr Dr. Funke auf den Schuldenabbau in 2021 ein. Im Jahr 2021 wurden Schulden i. H. v. rd. 1,5 Mio. € getilgt. Somit lag der Schuldenstand zum 31.12.2021 bei rd. 4,6 Mio. €. Neben den planmäßigen Tilgungen wurde ein Kredit, der zur Umschuldung anstand, vorzeitig abgelöst.

Künftig sei das Ziel, den vereinbarten Mindestbestand der Ausgleichsrücklage (rd. 3 bis 4 Mio. €) zu halten und die kreisangehörigen Kommunen durch etwaige Ergebnisverbesserungen zu entlasten, berichtet Herr Dr. Funke. Darüber hinaus sind zum Haushalt 2023 Konsolidierungsmöglichkeiten zu ermitteln.

Herr Möllmann betont die Wichtigkeit der soliden Ausgangssituation des Kreises Warendorf im Hinblick auf die Entwicklung der kommenden Jahre. Dabei hebt er die Haushaltsplanung der Verwaltung positiv hervor. Herr Kocker und Frau Brockmann schließen sich an.

Zudem befürworten Herr Möllmann, Herr Thiel und Herr Menke die von der Verwaltung geplante Zuschreibung des RWE-Aktienwertes von 28,00 € auf 32,00 € pro Aktie. Herr Kocker weist ergänzend auf eine regelmäßige Prüfung und Anpassung der Wertentwicklung der RWE-Aktie hin, um keinen „Schattenhaushalt“ zu führen.

Herr Thiel regt an, dass die Verwaltung bei Erläuterungen über Veränderungen zukünftig anstatt „Verbesserung“ bzw. „Verschlechterung“ neutrale Begriffe wie „Erhöhung“ bzw. „Verringerung“ wählen sollte.

Herr Menke fragt nach den Gründen für die Abweichung bei der Steigerung der Vergütung tariflicher Beschäftigter und der Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte. Im Nachgang zur Sitzung wird zur Niederschrift gegeben, dass das Personalbudget mit einem Volumen von rd. 83 Mio. € in den einzelnen Positionen schwer planbar ist. Die unterschiedlichen Ansätze wurden nicht in Relation zueinander erhöht, in Summe gleichen sich die Positionen aus. Im Saldo kommt es zu einer geringen Veränderung des Budgets.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

3.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2021	098/2022
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Funke berichtet, dass sich im Jahresabschluss 2021 über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen zeigen, die dem Kreistag gemäß § 53 Abs. 1 KrO i. V. m. § 83 Abs. 2 GO zur Kenntnisnahme vorzulegen sind.

Die Einzelfälle ergeben sich aus der Zusammenstellung (siehe Anlage 1 der Vorlage).

Beschlussvorschlag:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen lt. Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

4. Bericht zur Haushaltssituation 2022**099/2022**

Herr Dr. Funke geht anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und Anlage der Niederschrift ist (Anlage 2), auf die Erkenntnisse des Finanzstatusberichtes zum 01.04.2022 ein und stellt die wesentlichen prognostizierten Veränderungen dar.

Zudem stellt Herr Dr. Funke die Auswirkungen der Aufnahme Schutzsuchender aus der Ukraine auf den Kreishaushalt zum 01.04.2022 dar. Bis zu diesem Zeitpunkt sind dem Kreis Warendorf Kosten i. H. v. rd. 410 T€ entstanden, hauptsächlich aufgrund der Einrichtung einer sogenannten „Puffereinrichtung“ für Schutzsuchende aus der Ukraine.

Darüber hinaus berichtet Herr Dr. Funke über Entwicklungen nach dem Stichtag 01.04.2022. Dabei geht er insbesondere auf den für die Kreise und den Gesamtstaat kostenintensiven Rechtskreiswechsel der Schutzsuchenden aus der Ukraine vom Asylbewerberleistungsgesetz in das SGB II und SGB XII ein. Im Bereich Hilfe zur Gesundheit werden bei einer Annahme von durchschnittlich 15.000 € Kosten pro Fall / Jahr und erwarteten 100 anspruchsberechtigten Schutzsuchenden aus der Ukraine Mehraufwendungen i. H. v. rd. 1,5 Mio. € für das Haushaltsjahr 2023 und für 2022 entsprechend anteilig erwartet. Im Bereich der SGB II Leistungen wird allein in diesem Jahr ab Juni für den Kreisetat mit einem Mehraufwand von rd. 2,3 – 2,5 Mio. € bei einer Annahme von 890 Bedarfsgemeinschaften gerechnet.

Zudem berichtet er, dass das 9-Euro-Ticket im ÖPNV den Kreishaushalt um rund 240.000 Euro entlasten wird. Dieser Betrag wird in den nächsten drei Monaten bei der Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Berufskollegs und Förderschulen des Kreises eingespart.

Ergänzend berichtet Herr Dr. Funke über die Entlastungsmittel des Bundes an die Länder und Kommunen für die Mehraufwendungen für die Kriegsvertriebenen aus der Ukraine im Jahr 2022. Das Land Nordrhein-Westfalen erhält insgesamt rd. 430 Mio. €. Mit der ersten Tranche hat der Kreis Warendorf Mittel i. H. v. rd. 570 T€ erhalten, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden rd. 2,3 Mio. € in Summe.

Zusammenfassend gibt es zahlreiche Unwägbarkeiten für das laufende Jahr und für die Haushaltsplanung 2023, erläutert Herr Dr. Funke. Besonders im Hinblick auf die aktuelle Situation in der Ukraine und die damit verbundene Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden ist die weitere Entwicklung in vielen Bereichen des Kreishaushaltes zum Stichtag 01.04.2022 nicht absehbar. Darüber hinaus gibt Herr Dr. Funke einen Ausblick zu weiteren Themen im Rahmen des Haushalts 2023. Dabei teilt er mit, dass weitere Erstattungen von Kosten durch Bund und Land erwartet werden.

Auf Nachfrage von Herrn Ostermann wird nachträglich zum Protokoll gegeben, dass der Kreis Warendorf zurzeit keine Ausgleichszahlungen an die Beförderungsunternehmen für steigende Benzin- und Dieselpreise im Bereich des Schülerspezialverkehrs zahlt. Bisher hat der Kreis Warendorf keine Anfragen von den Vertragspartnern erhalten.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

Mit einem Dank an die Anwesenden beendet Frau Kleene-Erke um 11:12 Uhr die Sitzung.

Andrea Kleene-Erke
Vorsitzende

Dr. Stefan Funke
Schriftführer